

dem nur eine staatliche Entscheidung sein, nämlich eine der verfassungsmäßigen Volksvertretung.

I. Hans Peter Bull: Vorsicht vor

Wächtern, Süddeutsche.de – politik – 19./20. April 2016, <http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/aussenansicht-vorsicht-vor-waechtern-1.2956090>

Atommüll

„Eingeladen, aber nicht gehört“

70 Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände beteiligen sich nicht an Konsultation der Atommüll-Kommission

Die Atommüll-Kommission des Deutschen Bundestages wollte am 29./30. April 2016 bei einer sogenannten „Konsultation Endlagerbericht im Entwurf“ Teile ihres Berichtes zur öffentlichen Diskussion stellen. Doch 70 Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen aus der ganzen Bundesrepublik Deutschland erklärten im Vorfeld, dass sie sich an dieser Veranstaltung nicht beteiligen werden. In einer gemeinsamen Erklärung begründeten sie ihre Entscheidung. Darin heißt es unter anderem:

„Umweltgruppen und Initiativen werden nicht an einem Prozess teilnehmen, der lediglich bereits erkannte Fehler der Vergangenheit wiederholt. Als Feigenblatt für diesen Irrweg stehen wir auch weiterhin nicht zur Verfügung.“

(...) Weder die Arbeit der Kommission noch ihre Ergebnisse konnten Vertrauen schaffen - im Gegenteil:

Die Kommission ist dem im Standortauswahlgesetz formulierten Anspruch, die Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten, mitnichten gerecht geworden.

Die Kommission hat nicht einmal ernsthaft versucht, alternative Lageroptionen zu prüfen. Sie hat stattdessen nahtlos den auf tiefengeologische Lagerung fixierten Weg fortgesetzt, der in der Vergangenheit zu den Havarien in der Asse und Morsleben führte.

Die willkürliche politische Entscheidung für den geolo-

gisch ungeeigneten Standort Gorleben wurde nicht revidiert, sondern durch politisch motivierte Kriterien-Benennung erneut begünstigt.

Eine breite gesellschaftliche Debatte zum am wenigsten risikoreichen Umgang mit dem Atommüll hat es nie gegeben: weder vor der Verabschiedung des Gesetzes, noch während der Arbeit der Kommission.

Die Öffentlichkeit wurde in der Kommission weder frühzeitig noch angemessen beteiligt. Die „Beteiligung“ reduzierte sich auf informatorische Anhörung ohne jede Ergebniswirksamkeit.“

Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“, erläuterte: „Alle bisherigen Veranstaltungen der Kommission haben gezeigt, dass die Öffentlichkeit zwar eingeladen, aber nicht gehört wird. Die Kommission hat bis zum gesetzlichen Ende ihrer Arbeit im Juni gar nicht mehr die Zeit, Ergebnisse dieser angeblichen Konsultation zu diskutieren und in den Bericht aufzunehmen. Wer sich aber einer echten Beteiligung verweigert, muss sich auch nicht wundern, wenn kritische Organisationen nicht mitmachen.“

Martin Donat, Vorsitzender der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, erklärte: „Ein von Teilen der Kommission erarbeitetes Papier, das schlüssig erläutert, warum der Salzstock Gorleben geologisch ungeeignet und politisch verbrannt ist und

deshalb bei der weiteren Standortsuche ausgeschlossen werden kann, wurde von der Kommissions-Webseite entfernt, obwohl dort üblicherweise alle Arbeitspapiere dokumentiert werden. Das verstärkt unsere Zweifel daran, dass diese Kommission wirklich neutral arbeitet und am Ende nicht doch alles auf Gorleben hinausläuft. Wir verlassen uns nicht auf die Kommission, sondern werden am 13. Mai in Gorleben demonstrieren, denn so wie es derzeit aussieht, setzen sich diejenigen in der Kommission durch, die weiter auf Gorleben setzen.“

Die Erklärung mit allen unterzeichnenden Organisationen ist im Internet zu finden unter https://www.ausgestrahlt.de/media/filer_public/52/3e/523e7714-0e3e-41c3-bea4-859d29c84883/atommuellkommission_gescheiterter_neustart.pdf

Atommüll

Endlagersuche in Tschechien

Dutzenden Gemeinden hat der tschechische Staat vor kurzem ein ungewöhnliches Geschenk gemacht: einen finanziellen Beitrag in Höhe von mehreren Hunderttausend bis Millionen Kronen als Kompensation dafür, dass in ihrem Katastergbiet Untersuchungsarbeiten für den Bau eines Atommüll-Endlagers starten werden. Einige Gemeinden sind dafür dankbar, andere schickten den Beitrag dem Staat zurück oder legten ihn auf ein spezielles Konto, das sie nicht angreifen wollen. Solch ein „Geschenk“ wollen sie einfach hinter ihren Häusern nicht. Das berichtet Jakub Siska in einer Mitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz OIZP (<http://oizp.cz>) in Budweis (Tschechien) vom 18. April 2016.

Der radioaktive Abfall, der vor allem durch den Betrieb der Atomkraftwerke entsteht,

und die Umwelt Hunderte und Tausende Jahre lang gefährdet, wird jetzt in sogenannten Zwischenlagern gelagert, im Falle der Tschechischen Republik auf den Geländen der Atomkraftwerke Dukovany und Temelin, schreibt Jakub Siska. Dort aber dürfe der Abfall nur vorläufig gelagert werden. Der Staat will mit dem Bau eines Atommüll-Endlagers im Jahre 2050 starten, um dann 15 Jahre später dorthin den ersten Atomabfall zu transportieren. Obwohl uns das als eine lange Zeit erscheinen könnte, sei es notwendig, schon jetzt den geeigneten Ort zu suchen.

Das geschieht zum Beispiel in Hradek im Kreis Vysocina, in dem sich auch die meisten anderen zu untersuchenden Orte befinden. Hier wird mit einem oberirdisch beanspruchten Areal von 23 Hektar Fläche gerechnet. Der untere Teil in einer Tiefe von 500 Metern soll eine Fläche von 440 Hektar einnehmen, was etwa 770 Fußballplätzen entspricht. Es wird auch mit einer Einrichtung zum Umladen des Materials in neue Behälter gerechnet. Insgesamt sollen während des Baues des Atommüll-Endlagers und des dazu gehörigen Areals mehr als 2 Millionen Kubikmeter Gestein abgebaut werden, was dem Inhalt des größten Baues der Welt entspricht, nämlich der Cheops-Pyramide, schreibt Siska. Der Ort müsse viele Kriterien erfüllen: das Gestein dürfe nicht mit Rissen beschädigt werden, müsse ausreichend stabil sein und es müsse ein Eindringen des Grundwassers ins Atommüll-Endlager verhindert werden.

Es ist offenbar, dass der ausgewählte Ort für „ewige Zeit“ durch den Bau betroffen sein wird, erklärt Siska. Die Bewohner erlebten es schon jetzt: die Immobilienpreise sinken, das Interesse an Neubau und Investitionen sei praktisch auf Null gefallen. Eine große Gefährdung stelle der Verlust des Grundwassers

in Folge des Abbaus dar. Auch deswegen lehnen die meisten Gemeinden die Untersuchungsarbeiten in ihrem Katastergebiet strikt ab. Die Bewohner von 27 Gemeinden der betroffenen Gebiete verkündeten in Gebietsreferenden, in denen die durchschnittliche Beteiligung bei 73 Prozent lag, ein klares Nein zum Atommüll-Endlager. Das half ihnen aber nichts. Die Bürgermeister beschwerten sich, dass der Staat mit ihnen aus einer Position der Stärke heraus verhandelt und sie nicht als gleichwertige Partner wahrnehme. In einer gemeinsamen Erklärung vom April 2015 verlangen die Bürgermeister die Verabschiedung eines speziellen Gesetzes, das die Position der Gemeinden auf ein im Ausland übliches Niveau anheben würde. Die Gemeinden haben jetzt bei der Entscheidung über die Untersuchungsarbeiten kein Veto-Recht und sie haben sogar keine Möglichkeit, die Gelder abzulehnen, die ihnen der Staat dafür als Entschädigung schickt.

Eine andere Möglichkeit des Umgangs mit dem radioaktiven Abfall als seine Lagerung tief in der Erde habe sich auch nicht nach Dutzenden von Jahren der Forschung als realistisch gezeigt, meint Siska. Deshalb gebe es die Regelung, dass sich jeder Staat um seinen Atomabfall selbst kümmern soll. Den weitesten Weg habe bis jetzt Finnland zurückgelegt, das als erstes Land weltweit Ende 2015 den Bau eines Atommüll-Endlagers genehmigt hat. Es soll in Olkiluoto entstehen, an der Westküste Finnlands, und in der Nähe des Atomkraftwerks mit gleichem Namen, 25 Kilometer von der nächsten Stadt entfernt. Die meisten Länder müssten dagegen in dichter besiedelten Regionen suchen, wo sich die Menschen wehren, ähnlich wie in Tschechien, schreibt Siska. Und fast überall seien sich die Gemeinden gleich einig. Zum Beispiel

habe sich in der Schweiz die Endlagersuche auf zwei Orte eingeschränkt, einer davon befinde sich sogar am nördlichen Rand von Zürich. Wie im Oktober 2015 das Schweizerische Bundesamt für Energiewirtschaft mitteilte, sind auch hier in dieser Phase die Gemeinden keine gleichberechtigten Teilnehmer am Verfahren. Über den Bau des Atommüll-Endlagers sollen die Bundesregierung und das Parlament entscheiden. Erst dann könnte ein Referendum stattfinden, informierte die Behörde.

Ein Veto-Recht haben Gemeinden auch in anderen Staaten nicht. Trotzdem seien sich die demokratischen Politiker bewusst, dass man solch eine kontroverse Angelegenheit nicht mit Gewalt gegen den Willen der Bewohner durchsetzen darf, meint Siska. Deshalb bleibe ihnen nichts anderes übrig, als eine Atmosphäre zu schaffen, in der die Menschen freiwillig die Verantwortung übernehmen für etwas, das sie zwar nicht verursacht haben, woran sie aber einen Anteil als Bürger tragen. Der Atomabfall existiere und obwohl ihn niemand hinter seinem Haus haben will, müsse er irgendwo gelagert werden. ●

Atommüll

Split als Entschuldigung für erhöhte Strahlenbelastung in Gorleben

Die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) hat unlängst ihren Jahresbericht veröffentlicht und behauptet, dass von den atomaren Zwischenlagern in Gorleben keine Gefahr ausgeht. Seit Einlagerung der Castoren wird am Zaun in der Nähe der Castorhalle erhöhte Gammastrahlung und erhöhte Neutronenstrahlung gemessen,

wendet die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI) dagegen ein. Von diesen erhöhten Werten werden die natürlichen Gammastrahlungsanteile abgezogen, um die Strahlendosis zu ermitteln, die vom Zwischenlager ausgeht. Seit 2011 hat die GNS Probleme nachzuweisen, dass der erlaubte Grenzwert von 0,3 Millisievert (mSv) pro Jahr am Zaun eingehalten wird. So erklärte man bereits im Überwachungsbericht 2011 die erhöhte Gammastrahlung am Zaun in der Nähe der Castorhalle als natürliche Strahlung aus dem Schotter der Wegbefestigung, so dass nur noch der Neutronenanteil an der Gesamtdosis gezählt werden sollte. Hiermit erreichte man die Feststellung, dass man unter dem Grenzwert liege. Strahlentelex hatte damals ausführlich berichtet. [1]

Die Fachgruppe Radioaktivität der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg hatte damals bereits erhebliche Zweifel an dieser Vorgehensweise angemeldet. Die Zweifel wurden auch nicht beseitigt durch Messungen der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, da messtechnisch nicht unterschieden wurde zwischen natürlicher Untergrundstrahlung und der Gamma-Strahlung, die vom Castorlager ausgeht.

Im vorigen Jahr (2015) wurde der Weg am Zaun erneuert und granthaltiger Split zum Verfüllen der Rasengittersteine verwendet. Dieser Split wird von der GNS im aktuellen Überwachungsbericht wieder angeführt, um die erhöhte Gammastrahlung am Zaun in der Nähe der Castorhalle auf Null herunterzurechnen.

„Es ist für uns unverständlich, warum wiederum schwach radioaktives Split-Material eingebracht wurde, anstatt den Weg vollständig zu sanieren und unverdächtigtes Material auszubringen“, sagte Volker Schürg seitens der BI-Fachgruppe. Wenn man die

natürliche Gammadosis, wie sie die GNS am südlichen Zaun des Zwischenlagers misst und wie sie auch durch die IMIS-Messstellen in Gorleben und Trebel bestätigt werden, zu Grunde legt, dann betrage die Gesamtdosis am Zaun in der Nähe der Castorhalle 0,35 mSv/Jahr. Nach Auffassung der BI ist der Grenzwert von 0,3 mSv/Jahr also immer noch deutlich überschritten.

1. Atommüll-Lager Gorleben: Greenpeace deckt falsche Berechnungen bei Strahlennmessungen auf, Strahlentelex 596-597 v. 3.11.2011, S. 9-10
http://www.strahlentelex.de/Stx_11_596_S09-10.pdf ●

Mülldeponien

Giftschlammgrube in Sachsen-Anhalt ist undicht

Aus der Giftschlamm-Grube von Brüchau, dem sogenannten Silbersee in Sachsen-Anhalt, treten Schadstoffe aus. Chlorid, Radium und Quecksilber wurden im Grundwasser nachgewiesen. Die Grube ist nicht dicht, so Recherchen des MDR-Magazins „exakt“.

Bestätigt wurde das auch durch einen Laborversuch an der Leipziger Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK), berichtete MDR-exakt in seiner Sendung am 6. April 2016. Der Deponiebauexperte Prof. Said Al-Akel hält die Bodenbeschaffenheit der isolierenden Lehmschicht unter der Deponie für problematisch. Bei Kontakt mit Säuren, die in großen Mengen vorhanden sind, entstünden in dem kalkhaltigen Lehm Hohlräume. „Diese Hohlräume tragen dazu bei, dass kontaminiertes Wasser aus dem Deponiekörper entweichen kann. Das heißt: die Grube ist nicht dicht“, sagte Prof. Said Al-Akel MDR-exakt.